

Diese Zeitung erlangt
jezt 20000 Exemplare.
Kreis der Unterarbeiter
die von den Gewerkschaften
eingetragen in die Rau-
teilung sind bis jetzt 10000.

Mindestpreis:
Arbeitsbestimmungs- und
Bauarbeiter-Ausgaben die
3 geplante Kolone-Zelle
60,-
Geschäftsausgaben werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. A. W. Green.
Druck von C. A. G. Weißer & So., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002

Die Maschine als Fluch und als Segen.

Die Erzeugung der menschlichen Arbeitskraft durch maschinelle ist, allgemein genommen, ein großer Segen für die Kulturmenschheit. Die Maschine hat die Ergebnisse der gesellschaftlichen Arbeit ganz ungemein gesteigert und damit die Summe der verfügbaren Güter erhöht. Sie hat die Ausführung von Arbeiten ermöglicht, die früher untauschbar waren oder schienen, und sie hat Arbeiten übernommen, die Gesundheit und Wohlbehörden der dabei Beschäftigten ernstlich stören und gefährdeten. So ist die Maschine der Menschheit Helfer und Freund, Vermehrer ihrer Güter und Schützer ihrer Kultur geworden. Es wäre geradezu unmöglich, uns die moderne Wirtschaft, die Kulturgemeinschaft, das Gesellschaftsleben des 20. Jahrhunderts vorzustellen ohne die Maschine.

Doch das Bild hat auch eine Seite. Die Maschine ist nicht immer nur eine Quelle der Freude, eine Würdigkeit des Fortschritts. Sehr oft ist sie auch die Ursache unzähliger Not und unermöglichkeit. Dabei haben wir nicht — was gerade jetzt nahe liegt — die Maschine als Werkzeug des Krieges im Auge, sondern die Maschine, die bei der Erzeugung oder Verwertung von Lebensgütern menschliche Arbeitskräfte erspart. Denn gerade diese Freisetzung menschlicher Arbeitskraft, die, allgemein gesellschaftlich betrachtet, ein Segen sein möchte und auch in jedem besonderen Falle sein könnte, wird in der heutigen Wirtschaftsordnung vielfach zum Fluch für alle diejenigen, denen Arbeitskraft durch die Maschine überflüssig wird. Denn ihnen fehlt ja nærmehr nicht nur die Arbeit, sondern auch der Lohn und damit das Brot. Die Maschine erleichtert nicht sondern erschwert ihnen das Leben, vermehrt nicht sondern vermindert ihre Lebensqualität, sichert nicht sondern gefährdet ihre wirtschaftliche Existenz und damit legt Endes ihre Existenz überhaupt.

Wo die Maschine allmählig ein Produktionsfeld ergreift, produziert sie ironisches Elend in der mit ihr konkurrierenden Arbeiterschaft. Wo der Überhang groß ist, sie massenweise und auf schnell. Die Maschine bietet kein einzigartiges Schauspiel als den allmählichen, über Dekaden (Jahrzehnte) verschleppten, endlich 1838 begiegelten Untergang der englischen Handbaumwollweber. Viele von ihnen starben den Hungertod. Nur dagegen wirkte die englische Baumwollmaschine auf Ostindien dessen Generälgouverneur 1834/35 festgestellte: „Das Elend findet kaum eine Parallele (Vergleich) in der Geschichte des Handels. Die Knochen der Baumwollweber bleichen die Ebenen Indiens.“ So illustriert Marx im „Kapital“ die Wirkung der Maschine zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, also im Jugendalter des Kapitalismus.

An der gleichen Stelle verweist Marx darauf, daß die Arbeiter ursprünglich nicht die Wirtschaftsweise, nicht die Anwendung und die Anwender der Maschine für die Folgen der Maschinenarbeit verantwortlich machen, sondern die Maschine selbst. Sie haben nicht die revolutionäre Masse der Maschine, nicht ihre kulturfördernde Seite, sondern nur die niederdrückende Wirkung, und sie sehen diese, d. h. die Arbeitslos- und damit Brotdrosselung der Arbeiter, die Vermehrung des Hungers, der Not, des Elends, als eine notwendige Folge und nicht in einer Folge der Verkürzung menschlicher Kräfte an. Infolge dieser Ausschaltung lebten sie ihren Groß und ihre Wit nach direkt gegen die Maschinen, suchten deren Anwendung zu hindern, zu stören, die Maschinen selbst zu vernichten. Im 17. und 18. Jahrhundert schon wurden die damals auftretenden, mit Wasser oder Wind betriebenen Sägemühlen vielfach zerstört. Als Everett 1758 die erste vom Wasser getriebene Maschine zum Wollfleischen erbaut hatte, wurde sie von 100 000 arbeitenden Menschen in Brand gesteckt. In England wurde im Anfang des 19. Jahrhunderts die sogenannte Ludditenbewegung begründet, die sich ausdrücklich die Zerstörung von Maschinen und Maschinenanlagen zum Ziel gesetzt hatte. In Frankreich wurde der Erfinder der Nähmaschine fast gesteinigt; in Deutschland noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts von den Schneidegesellen die Abhängigkeit der eisernen Konkurrenz beim Parlament beantragt und von den Unternehmern gefordert.

Die Ausbreitung der Maschine machte allerdings nicht nur die direkt betroffenen arbeitslos, sondern auch die Gesamtheit der Arbeiter im Kreislauf der neuen Maschinen mehr oder weniger wehrlos. Denn die aus der Arbeit Geworfenen standen auf dem Markt, suchten eine neue Verwertung für ihre Arbeitskraft und unterboten dabei gar oft die üblichen Arbeitsbedingungen, die sich die Arbeiter vielleicht erst in schweren Kämpfen ertragen und gesichert hatten. Der Engländer ure frohlockte um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, daß die Maschine die Kapitalisten von der „untrüglichen Sklaverei“ der von den Arbeitern dictierten oder doch beeinflußten Arbeitsbedingungen befreit habe und meinte: „Die Horde der Unzufriedenen . . . soll sich so in die Hände genommen durch die moderne mechanische Technik“. d. h. durch eine Maschine zum Kettenfischen in der Textilindustrie, die während eines Streiks der Schäfer erfunden und eingeführt wurde. Von einer anderen Maschine sagte er: „Sie war berüchtigt, die Ordnung unter den industriellen Klößen wieder herzustellen“, und der Verbindung zwischen Industriekapital und Erfüllertätigkeit rühmte er noch, daß sie „die rebellische Hand der Arbeit zum Gehorsam zwingt“.

Doch das ist Geschichte, das sind Erfahrungen, die weit hinter uns liegen, Meutungen, die für die Gegenwart keine Geltung haben. Doch genau! Da fällt uns eben das Protokoll einer Versammlung des Technischen Vereins für Bauunternehmen, der seinen Sitz in Magdeburg hat, in die Hand. Die Versammlung fand am 26. Mai d. J. statt. Besprochen wurde auch über die neuzeitliche Sachlage in einer Arbeitskraft, die in Baufabriken oder Haushalten beschäftigt sind oder waren, wissen, daß die Aufspeicherung großer Baustoffmassen in Säulen die Aufstellung hoher Stapel erfordert. Früher wurden solche Stapel durchweg von Saufdrägern aufgerichtet. Die Arbeit war anstrengend und konnte nur von kräftigen Arbeitern geleistet werden, wurde deshalb auch meist eingemessen bezahlt. Es ist dann mehrfach versucht worden, die Aufstapelung durch mechanische Vorrichtungen, wie Spillwinden usw., zu bewirken, jedoch ohne durchsetzenden Erfolg. Neuerdings hat nun die Firma H. Dinglinger, Böhlen, eine Saatstampfmaschine konstruiert und in mehreren Baufabriken aufgestellt, die die jetzt besonders knappen Saufträger ersparen soll. Über die Erfahrungen mit dieser Maschine wurde in der oben genannten Versammlung berichtet.

Das Urteil dieser, die die neue Maschine in Benutzung genommen haben, lautete durchweg günstig. Dr. H. Blasche, Direktor der Bauunternehmung Biedendorff, teilte mit, daß die Maschine sich „ausserordentlich vorzüglich entwölfe“ und trotz des Mangels an Arbeitskräften die Aufstellung großer Stapel ermöglicht habe. Ebenso äußerte sich Dr. Baumann, Direktor der Städter Bauunternehmung. In der Rositzer Fabrik sind drei Stampfmaschinen im Betrieb, die zum Teil von Frauen bedient werden. Von diesen Frauen sagt Herr Baumann, sie waren „bei der Hälfte des Lohnes der früheren Arbeiter mit ihrem Verdienst zufrieden“. Die Maschine hat hier also nicht nur Arbeiter verdrängt, sondern auch ermöglicht, daß für die noch verbleibenden Arbeiten weibliche Arbeitskräfte eingesetzt werden können, bei denen die Fabrikleitung die Hälfte an Lohn spart. Und, was die Hauptthese ist: „Wir leideten mehr als früher“, konnte Direktor Baumann versichern. Die Maschine hat also dem Unternehmen einmal die Ausschaltung von Arbeitskräften, dann auch noch die Herausbildung der Lohnsumme für die verbleibenden Arbeiten ermöglicht. Sie ist also für die Oligarchie ohne Frage ein „Segen“. Doch sie für die Arbeiter des Unternehmers etwas ganz andres ist, versteht sich am Rande. In der jetzigen Zeit, in der die Einschätzungen zum Heeresdienst eine stärkere allgemeine Arbeitslosigkeit nicht ausschließen lassen, treten die Folgen der Ausschaltung menschlicher Arbeitskraft weniger hervor. Sobald aber der Krieg beendet ist und die Einzugsgebiete an ihre Arbeitsplätze zurückkehren, wird man sie mehr als deutlich spüren.

Vielleicht mehr Vorteile und Tugenden als die Herren Blasche und Baumann hat aber Herr H. Freise, Mitbesitzer der Bauunternehmung Magdeburg-Nordstadt, an der Saatstampfmaschine entdeckt. Zunächst bestätigt er, daß die Maschine sich gut bewährt, ja „geradezu die Aufrechterhaltung des Betriebes gewertet“ habe. Die Saufträger Magdeburgs haben nämlich, so erklärt Herr Freise, soweit sie nicht eingezogen sind, es „vorgezogen, in den Munitionsfabriken zu arbeiten, wo sie vielleicht verdienten als bei uns“. Damit bestätigt Herr Freise, daß die Löhne, die er zahlt, sehr viel zu wünschenswert sind und daß auch er die neue Maschine als ein Mittel sieht, die Löhne zu drücken oder doch niedrig zu halten. Aber nicht nur indirekt, sondern direkt will er die Maschine in den Dienst des Kampfes gegen die Ansprüche der Arbeiter stellen. Wörtlich sagt er nämlich:

„Die Stampfmaschine ist auch ein guter Streikbrecher, denn wenn Sie den ausfassigen Arbeitern sagen können, da steht schon eine Maschine, und es soll noch eine neue Maschine angeschafft werden, so sind die Arbeiter schon viel gespielt.“

Zwischen Herrn Freise und dem Engländer ure liegen etwa 100 Jahre wirtschaftlicher, technischer, sozialer Entwicklung, aber ihre Gedankengänge sind verblüffend ähnlich. Beide sehen in der Maschine nicht nur ein Mittel zur Mehrung des eigenen Gewinnes, sondern auch eine Waffe im Kampf gegen die ausfassenden Arbeiterschaft. Beide wollen mit Hilfe der Maschine die „Horde der Unzufriedenen“ in „die Flanke fassen“, beide die „rebellische Hand der Arbeit zum Gehorsam zwingen“. Herr Freise wird allerdings ebenso oder noch mehr enttäuscht werden wie sein Vorläufer. Die Maschine hat gewiß den Befreiungskampf der Arbeiter in mancher Hinsicht erleichtert, aber sie hat ihn auch vielfach erschwert, ja erst möglich gemacht. Die Entwicklung der Organisationen der Arbeiter ist dafür Zeuge und Beweis genug. Solange allerdings die Arbeiter ohne Zusammenhalt und ohne Macht der Maschine und ihren Anwendern gegenüberstehen, spüren sie nur ihre niederdrückende Wirkungen. Sobald sie aber einig und geschlossen, im Bewußtsein ihrer Macht und in Erkenntnis ihrer Lage ihr lebenslanges Recht der toten Maschine gegenüberstellen und verteidigen, verzerrt diese ihre Schreden.

Die moderne Gewerkschaftsbewegung kämpft nicht mehr an gegen die Verdrängung menschlicher Arbeitskräfte durch Maschinen. Ein solcher Kampf wäre auch völlig aussichtslos, denn der technische und wirtschaftliche Fortschritt setzt sich immer und überall durch, ganz gleich, welche Widerstände man dagegen aufstellt. Ein Kampf gegen den wirtschaftlichen Fortschritt wäre aber auch den

Interessen der Arbeiter durchaus zwider, weil der technisch-wirtschaftliche Fortschritt die erste Voraussetzung und die beste Wirtschaft für den sozialen Aufstieg der Arbeiter ist. Je mehr die wirtschaftliche Gütererzeugung durch Anwendung von Maschinen gesteigert wird, um so größer wird der Anteil, den die Arbeiter fordern und sich einzäumen können. Je mehr die Arbeitsvermögensfähigkeit durch Mechanisierung des Arbeitsprozesses gesteigert wird, um so nachdrücklicher können die Arbeiter eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit fordern und erstreiten. Die Maschine kann also auch der Arbeiterschaft zum Segen werden. Und sie wird es, wenn den Anwendern der Maschine, den Unternehmern, durch Gesetz oder Organisation das Recht und die genommen wird, jeden technischen Fortschritt, ohne Rücksicht auf die Volksgesamtheit, in den Dienst ihres Gewinnstrebs zu stellen.

Eine Kriegshaushaltungs-Rechnung.

Schon in Friedenszeiten, bei normalen Preisen der Lebensmittel und Bedarfssittel, war es kinderreichen Familien mit einem Einkommen unter 3000 M. trotz aller Sparsamkeit nicht möglich, allen Anforderungen in bezug auf Ernährung, Kleidung und Erziehung der Kinder gerecht zu werden.

Während des Krieges sind diejenigen Lebensmittel von der Zerstörung am schlimmsten betroffen worden, die von den minderbemittelten und großen Familien am meisten gebraucht werden. Die genaue Prüfung nachstehender Aufstellung der Art und der Menge der verbrauchten Lebensmittel und Bedarfssittel zeigt zu Genüge, wie diese zurzeit herrschende Zerstörung, die bei den meisten Lebensmitteln bis zu 100 Prozent, ja bei mehreren Artikeln sogar bis zu 200 Prozent Abschläge gegenüber normalen Zeiten bringt, die Bevölkerung kinderreicher Familien ungünstig beeinflußt und welche großen Entbehrungen ertragen werden müssen.

Zur besseren Beurteilung der Verhältnisse sei erwähnt, daß die in Bezug auf kinderreiche Familien aus Mann, Frau und acht Kindern besteht, von welchen drei 14—17, vier 7—12 und das jüngste 3 Jahre alt sind.

Die schon seit Monaten andauernde Zerstörung hat alle früher gesparten Groschen nicht den laufenden Einnahmen verschont. Es mußte bestellt für den Monat April jeder Ausgebausten mit besonderer Sorgfalt geprüft und alles korrigiert werden, um mit den zur Vergleich liegenden Einnahmen aus Bedenkt aussatzmässig zu kommen. Es wurde darauf geachtet, daß zunächst die unauffindbaren Ausgaben, wie Miete, Laufende Verpflichtungen und unbedingt notwendigen Aufwendungen aufgezählt, der hierzu erforderliche Betrag reserviert wurde. Mit dem noch verbleibenden Rest sollten die notwendigen Lebensmittel beschafft werden.

Die Ausgebausten sind auf Grund täglicher gewissenhafter Notizzettel aller Einkäufe und Zahlungen zusammenge stellt. Die unter A erfassten Ausgaben umfassen alle gemachten Aufwendungen und Zahlungen ohne Lebensmittel, während die unter B erfassten Posten die Ausgaben aller verbrauchten Lebensmittel darstellen.

i. Ausgaben (April 1916).

A. Ausgaben für Bedarfssittel und sonstige Leistungen.	
1. Wohnungsmiete	37,50 M.
2. Heizung und Beleuchtung	13,25 "
3. Versandsbeiträge	14,05 "
4. Versicherungsbeiträge	14,10 "
5. Steuer und Umlagen	4-
6. Kleidung und Wäschereparatur, Reinigung	19,80 "
7. Material für Schuhwerk (Reparaturen)	10,40 "
8. Werkzeuganschaffung	5,- "
9. Wäsche und Waschmittel	5,97 "
10. Haus- und Küchengeräte	2,50 "
11. Schulartikel	5,20 "
12. Käsewaren und Haarschäiden	1,20 "
13. Zeitungen und Zeitschriften	2,60 "
14. Geschenke und Geldpost	3,80 "
15. Sonntagsgeld für drei Personen	7,-
Summa	146,37 M.

B. Ausgaben für den Lebensmittelverbrauch.

Bezeichnung der Artikel	Gesamtverbrauch		pro Tag		Verbrauch pro Tag und Kopf
	Menge	M.	Menge	Pt.	
Brot.	147 Pfd.	29,40	4,9 Pfz.	98	9,8
Weih und Teigwaren	21 "	9,83	0,7	33	3,3
Kartoffeln	463 "	32,90	15,4 "	110	11,0
Butter und Fette	10,5 "	20,90	0,35 "	70	7,0
Fleisch und Wurstwaren	—	4,40	—	15	1,5
Milch	63 Pfd.	15,20	2 Ltr.	51	5,1
Eier	113 Std.	15,63	4 Stück	52	5,2
Gemüse	76 Pfd.	12,88	2,5 Pfd.	43	4,3
Käse	7 "	7,46	0,25	25	2,5
Heringe	3 Std.	—,87	—	3	0,3
Käse (Malt)	—	7,98	—	27	2,7
Bulet	35 Pfd.	10,52	1,15 Pfd.	35	3,5
Zwiebel und Gewürze	—	6,05	—	20	2,0
Getränke, Bier, Limon.	—	3,66	—	12	1,2
Summa	177,69	592	59,2		

2. Einnahmen.

Monatsgehalt des Mannes	230,— M.
Verdienst des ältesten Sohnes	60,—
Verdienst des zweiten Sohnes (Vehrling)	18,50

Summa 308,50 M.

Bilanz.

Gesamteinnahmen	308,50 M.
Gesamtausgaben: 1. unter A 146,37 M.	

2. unter B 177,69 324,06

Somit ein Defizit 15,56 M.

Es ergibt sich, daß von den gesamten Einnahmen 57,6 Prozent für Bevölkerung der Lebensmittel und 43,4 Prozent für sonstige Aufwendungen und Verpflicht

Wie erschlich, ist trotz der denkbaren größten Einschränkungen und Entbehrungen eine Mehrausgabe von 15,56 Ml. zu verzeichnen, die nicht gedeckt werden kann, da Brotwaren nicht mehr vorhanden, sonst Schuhwerke für Monat Mai.

Einige Worte zu den einzelnen Ausgabeposten erscheinen notwendig. Die Wohnung, deren Miete pro Monat 87,50 Ml. beträgt, und 12,2 Prozent des gesamten Einkommens oder 16,3 Prozent des Verdienstes des Menschen verzehrt, besteht aus drei, viermehr und fünfzehn und ist für eine zehnköpfige Familie viel zu klein. Die Aufwendungen für Kleider und Wäsche bezahlen sich nur auf Reinigung und Ausbesserung, der Schuhwert nur auf Material, da die Arbeiten vom Wetter gemacht werden. Neuauflassungen können schon seit Kriegsbeginn nicht mehr gemacht werden. Das ausvergabte Sonntagsgehalt erhielten die zwei ältesten Jungen für sechs Feiertage; es ist von ihnen für Lebensmittel ausgegeben worden.

Die Ausstellung ergibt eine Lebensmittelausgabe von 177,69 Ml., so daß durchschnittlich auf jeden Tag 5,92 Ml. entfallen und auf den Kopf der Familie pro Tag 59,2 Pf. Daraus kann man sich annähernd ein Bild machen, wie mager und unzureichend die einzelnen Mahlzeiten ausfallen müssen. Der Betrag von 59 Pf. reicht nicht einmal zu einem anständigen Mittagessen für eine Person.

Die nächste Untersuchung, welche Nahrungsmittel am meisten verbraucht, welche nur in geringen Mengen gelassen und auf welche vollständig verzichtet werden mußte, weichen ihrer hohen Preise, bestätigt schon die angemessene Ernährungsweise.

Die Hauptnahrung mußte leider die Kartoffel stellen. Der große Verbrauch von 4 Zentner 63 Pfund = pro Tag durchschnittlich 15½ Pfund sagt sehr viel. Die hierzu erforderliche Ausgabe von 33 Ml. beträgt ein Fünftel aller Auswendungen für Lebensmittel. Der Verbrauch von Brot und Mehl ist durch die Marken bestimmt, und macht sich die Bemerkung der so geringen Mengen sehr schwer fühlbar und bedingt den großen Kartoffelverbrauch.

Auf den Genuss von Fleisch und Wurstwaren mußte vollständig verzichtet werden. Der hierfür ausgegebene Betrag bezieht sich lediglich auf Suppennothen und sonstige Suppenbeilagen. Es bemerkt, daß es sich um keine Vegetarierfamilie handelt, sondern daß das monatliche Fehlen des Fleisches täglich schwerer empfunden wird, aber dennoch gleich nicht gekauft werden kann, weil die Mittel selbst für Gebräu und Kartoffeln viel zu knapp sind.

Einige Bemerkungen zu den einzelnen Mahlzeiten.

Morgens Kaffee und ein Stückchen trocken Brot. Für mittags und Abend erhält jede Person je ein weiteres Stückchen Brot, und damit ist der Brotdurst für den Tag aufgebracht. Mittagessen: Kartoffeln und Gemüse, oder gekochte Kartoffeln mit Kaffee, oder Suppe und Kartoffeln. Abends: Kartoffelsuppe oder Kartoffeln mit etwas Linsenbutter, oder Heringe und Kartoffeln, oder Kartoffeln und Rote Bohnen, einmal Kartoffeln und jede Person ein gekochtes Eis.

Auf Brothabtag jeglicher Art mußte vollständig verzichtet werden. Auch konnte selbst den schwer arbeitenden Jungen zum Beiper nichts als ein Stückchen trocken Brot herabreicht werden. Es ist wirklich keine Kleinigkeit für eine Haushalt, mit so begrenzten Mengen Nahrungsmiteln die Mahlzeiten darauf zu gestalten, daß der Hunger gestillt werden kann. Trotz aller Bemühungen fielen öfters die Mahlzeiten so knapp aus, daß die Eltern halfen, vom Tische gingen, um den größeren Jungen mehr Nahrung tragen zu können.

Zur eine derartige Lebensweise, besonders für die älteren in der Entwicklung begriffenen täglich streng arbeitenden Jungen, bei langer Arbeit, die größte Gefahr für deren Gesundheit bedeutet, ist den Eltern voll bewußt und bereitet ihnen schweren Kummer und Sorgen.

Auf Vergangen, Wirtschaftsbedarf, Zukunftsausblick u. dergl. wird schon seit Kriegsbeginn verzichtet. Die Zukunft bietet keine Aussicht auf Besserung der Verhältnisse. Ja, es besteht die Gewißheit, daß sich die Haushalte noch verschärfen. Die Erziehung von Arbeitserden ist trotz aller Mühe ohne Erfolg gewesen. Neuauflassungen von Kleidern und Wäsche ist in den nächsten Monaten nicht mehr zu erwarten, wozu größere Verdräge notwendig sind.

Die eingetretene Erhöhung der Kartoffelpreise pro Zentner von 4 auf 7 Ml., später 7,25 Ml., erforderten eine soziale Mehrausgabe von 14 Ml. So bemüht jede weitere Erhöhung der Lebensmittelpreise eine weitere Einschränkung und Entbehrung.

Es ist deswegen, daß bei manchem Leiter Zweifel über die Richtigkeit dieser Aufstellungen und Schätzungen entstehen, in der Annahme, daß bei einem monatlichen Einkommen von 308,50 Ml., was einem Durchschnittswert von 37,02 Ml. entspricht, sich bei derart großen Familien solche Einschränkungen und so ungünstige Verhältnisse nicht abwenden können.

Dieser Zweifel ist dringend zu empfehlen, bei ähnlich großer Familie mit gleichen Einschränkungen einzugehen, oder, was sicher möglich ist, entweder selbst mit ihren Familien nach acht Tage lang nicht mehr an Lebensmitteln pro Tag zu verzehren, als man zurzeit für 25 Pf. pro Kopf der Familie kaufen kann. Das Risiko ist jedoch unerträglich und der eigenen Versuche wird sicher befrüchten, daß die Schätzungen vollständig frei von jeder Friststellung, frei vor jeder Verfehlung gehalten sind.

Wegen dieser Seilen den eröffneten Fried erfüllen, die Erfreitung von Erfolgskräften, im Interesse der so schwer hingemachten Familien, dies jetzt im Interesse der Allgemeinheit gelegen ist.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Vom 15. und 16. Juni traten die Vertreter der Verbandsvorstände zu einer Konferenz zusammen, die mit einer Reihe weniger organisierte, sozialpolitische und wirtschaftspolitische Fragen zu beschäftigen hatte. Der Geschäftsführer der Generalversammlung für die Zeit vom 1. Juni 1915 bis 31. Mai 1916 lag im Dienst vor. Die eingetretene Erhöhung der Lebensmittel und die Kosten der Generalversammlung für die Organisation der Ehrenabteilung und der sozialen Dienststellen waren. Die Generalversammlung hat neben den Arbeitsbereichen auch zahlreiche lokale Arbeitsbereiche, die infolge des Krieges in besondere Lage geraten waren, mit Brüdergruppen unterlegt. Diese Unterabteilungen wurden als außordentlich schwierig und der Generalversammlung für den Beharrung weiterer Mittel zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt. Nach den Reaktionen der Organisation der Generalversammlung gegen wenige Gruppen zu dieser wurde beschlossen, den Angeklagten, die von den höheren Leistungsgruppen der Generalversammlung waren, diese unangewandt.

Über die Rüstungsindustrie und den Verbandes der Glasarbeiter geht die Sitzung des "Bundes der Glasmacher" ging die Sitzung zur Tagesordnung über.

Die Gründungen über die Notfälle zum Steinmetzberufe wurden durch einen der ersten gebrochenen Steinmetzberufe eingeleitet. Der Redner legte dar, daß die am 1. Mai beim Berufstag außerordentliche Versammlung gegen nicht eben Stärken des Steinmetzes, trotzdem aber die Gründungen der Gewerkschaften und auch den vorher gegen sie der Steinmetzberufe eingetretene habe. Die sozialdemokratische Gründung hat die Steinmetze dazu bestimmt, der Notfälle unter Berücksichtigung der Sitzung der Steinmetzberufe zugestimmt. Da die Notfälle gegen Steinmetze eingesetzt, ja entstand, so die Hoffnung für ihre Anwendung und brachte ihre weitergehenden Stärken zum Steinmetzberufe in der Form einer Gewerkschaft ein, gegen welche nur die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Gewerkschaften standen. Die Erziehung des Jugendparagrafen und der Streikvoraussetzungen für die Landarbeiter wurden in Steinmetzen bestimmt, die gegen nicht eben Stärke sind. Siegen wird die Befreiung, doch die Sozialdemokratische Gründung und die sozialdemokratische Gründung bestimmt haben, mit Gewalt gegen die Sozialdemokratische Gründung keine Mittel zu bestreiten, sondern ihre Macht erneut im Berufstag einzufordern, um der Steinmetz aus dem Teil nicht ausgenommen habe. Es ist sehr wichtig geworden, je in die jetzt bestreitete Notfälle einzutreten, ohne sie zu gefährden. Die weiteren Rüstungsabteilungen wurden der Sitzung einer lokalen Notfallen hilflos vorgelegen. In der Dis-

ussion wurde von fast allen Rednern der gleiche Standpunkt vertreten und eine von Schleife beantragte Resolution angenommen.

Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände vom 15. und 16. Juni 1915 begrüßte die vom Reichstag am 5. Juni d. J. verabschiedete Novelle zum Reichswehrdienstgesetz, die nach ihrem Wesen und Inhalt von der Regierung beigegebenen Begründung den Gewerkschaften eine großes Bewegungspotential gewährt. Die Konferenz billigte und das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion bei der Beratung und Verabsiedlung dieser Novelle. Sie erkannte, daß es durchaus den Interessen der Arbeiterschaft diene, wenn das Zuständigkeitsbereich der Gewerkschaften nicht durch geschränkt würde, daß die Befreiung des Jugendparagrafen und der Streikbeschränkungen der Landarbeiter mit ihr verbunden würde. Sie erwartet, daß die verbündeten Regierungen dem vom Reichstag am 5. Juni d. J. angenommenen Gesetzentwurf durch den der Strafentlastungsparagraph des Reichsvereinigungsgebetes aufgehoben wird, ihre Zustimmung geben und überzeuglich eine Gesetzesvorlage einbringen wird, durch die alle weiteren die freie Ausübung des Koalitions-, Vereins- und Versammlungsberechtes behinderten Gesetzesbestimmungen beseitigt werden.

Der erste Teil der Resolution wurde einstimmig, der zweite gegen zwei Stimmen angenommen. Ein Vertreter erklärte, daß er sich der Stimmbeschluß enthalten habe, weil die Mehrheit seines Verbandsvorstandes die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion nicht als richtig anerkannten könne.

Im weiteren beschäftigte sich die Konferenz mit den Bestrebungen, ein Arbeiterrrecht nach dem Kriege zu schaffen. Legion ging auf die Entwicklung dieser Dinge im Zusammenhang mit der zu erwartenden Verstaatlichung weiterer Produktionsweisen nach dem Kriege und im Hinblick auf das Koalitionsrecht der Arbeiter näher ein. Dabei beleuchtete er besonders die Haltung der preußischen Eisenbahndirektion zum Streikrecht der Eisenbahner. Die Aussprache über diese Angelegenheit blieb zunächst eine informatorische; ein Beschluss wurde nicht gefasst.

Die Frauenerwerbsarbeit während des Krieges, über welche Fr. G. Hanna referierte, ist ein Problem, das die Gewerkschaften zu erhöhter Aufmerksamkeit nötigt. Die Frau ist in zahlreiche, ihr bisher verschlossene Erwerbswege eingedrungen. Gelegte und herkömmliche Schranken sind gesunken. Man sagt: vorübergehend. Aber in vielen Berufen wird die Frauenerwerbsarbeit auch nach dem Kriege bleiben. Unternehmerum und wirtschaftliche Notlage würden hier in gleicher Richtung zusammen. Daraus ergeben sich für die Gewerkschaften org...motorische, wirtschaftliche und sozialpolitische Aufgaben. Die Frauen müssen in die Gewerkschaften eingefügt, dem Lohnbrud entgegengetragen, der Arbeiterschaftszugang nachdrücklich zur Geltung gebracht werden. Leider sei auch mit einer erheblichen Summe der Heirat zu rechnen, zu der sich besonders Kriegerwitwen, die ihre kümmerliche Pension aufzubessern wollen, drängen werden. Um die Frauenerwerbsarbeit mit der Möglichkeit der Haushaltssicherung zu vereinen, sei die Einführung der Halbtagsarbeit für verheiratete Frauen angeregt worden, zu der die Gewerkschaften Stellung nehmen müssten.

Die Debatte ließen erkennen, daß man in den Gewerkschaftsbezirken in ersten Linien mit der Durchführung der männlichen Arbeiter in ihre frühere Berufssarbeit rechnet. Die Frau sei für die Organisation wichtiger zu gewinnen, doch werde alles versucht werden müssen, um den weiblichen Aufstrom zur Erwerbsarbeit gewissermaßen zu erfassen. Die Halbtagsmöglichkeit eigne sich nicht für alle Industrien und habe auch ihre Schattenseiten. Wo sie angängig sei, könne man sie im Interesse der Gewerkschaftsbewegung fördern.

Zur Vorbereitung einer gründlichen Diskussion über das Lehrlingswesen auf dem nächsten Gewerkschaftscongres empfahl J. Sassenbach eine Untersuchung über die technische und theoretische Ausbildung und die wirtschaftliche Lage der Lehrlinge, wobei besonders die Zweckmäßigkeit der Berufsbildung, die Fragen des Fortbildungsschulwesens, des Kosten- und Logistikwesens und der weiteren Gewalt des Lehrchefs zu berücksichtigen seien. Die Vorstände mögten das Resultat ihrer Untersuchungen bis Ende 1916 der Generalversammlung einreichen. In der Erörterung wurde eine Ausdehnung der Untersuchung auf die Wirtschaft der Arbeiterversorgungen in den Innungseinrichtungen zur Regelung des Lehrlingswesens und eine Verschiebung des Berichtstermins bis 1917 gewünscht. Beide Wünschen soll entsprochen werden.

Sodann referierte Hob. Schmidt über die Vollernährung im Kriege. Er erläuterte die großen Schwierigkeiten an, mit denen die Regelung der Lebensmittelversorgung Deutschlands während des Krieges zu kämpfen hatte, aber die Regierung habe auf vielen Gebieten es bei halben Maßnahmen bewenden lassen und habe dem Privaterwerbsbau zu weitem Spielraum gelassen, modar durch die Wirtschaften erklärlich seien, die jetzt die allgemeine Unzufriedenheit ausgelöst hätten. Die Errichtung eines neuen Kriegsnahrungsamt sollte möglichst bringen; dies sei aber nur von ganz einschneidenden Eingriffen in die Erzeugung, Verteilung und den Verbrauch, insbesondere in die Preisregelung, zu erwarten. Ohne Debatte wurde die vom Redner vorgelegte Resolution angenommen:

"Die strikte Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems in der Produktion und im Warenhandel hat während des Krieges zu einer steigenden Schädigung der ärmeren Bevölkerung in der Nahrungsmittelversorgung geführt.

Die vorliegenden Preissteigerungen haben sich bis zum Unerträglichen gestaltet. Die Unterdrückung dieses Kreitens ist leider nicht mit den nötigen Entschiedenheit betrieben, die meisten von der Regierung getroffenen Maßnahmen müssen direkt als verfehlt bezeichnet werden.

Bei der Einstellung der Nahrungsmittel, die nicht in genügenden Mengen vorhanden sind, fehlt es an einer Direktive von einer Zentralstelle und damit an einer Einheitlichkeit des Verteilungssystems. Die vorhandenen Bestände sind verboten dem Verkehr im freien Handel entzogen und der Mangel damit unumstößlich vergrößert.

Die Beisetzung der Wirtschaft kann nur unter Berücksichtigung folgender Forderungen geschehen:

1. Aufhebung aller Sonderbestimmungen von Bundesstaaten, Kreisen und Gemeinden, namentlich der Ausfuhrverbote.

2. Geregelter Betrieb des Provinzien, Groß- u. Kleinhandel für das ganze Reich, Provinz, Kreis, die auch für die Winderbundesstaaten erlaubt sind.

3. Die Befreiungnahme und öffentliche Verteilung der in nicht genügenden Mengen verfügbaren Lebensmittel, ohne Rücksicht auf Erzeuger, Händler oder ungebührlich verjährige Privatspeicherungen.

4. Die Bekämpfung nach einheitlichen Grundsätzen, wobei die Erziehung der jünger arbeitenden Berufsschule besonders berücksichtigt werden soll.

5. Die Schaffung der Vollernährung (Spekulation, Kettenhandel, Aufzugsanleihevermögen) müssen rücksichtslos ausgeschaltet und der Komitee mit allen Mitteln entgegengesetzten werden.

6. Betrieb der wichtigsten Nahrungsmittel durch gemeinsame Gesellschaften und Gemeinden. Einrichtungen für Nahrungserzeugung.

Die Gewerkschaften erwarteten, daß die gerügten Rängel in der Lebensmittelversorgung beseitigt werden, das Kriegsnahrungsamt endgültig aus dem bisherigen System bricht und der Grundtag voll zur Geltung bringt, los die Wohlfahrt des Volkes der leidende Gesellschaft ist der Lebensmittelversorgung kein nutz, demgegenüber alle einheitlichen Interessen der Produzenten und Händler schwingen müssen.

Die Gewerkschaften haben bereitwillig an der Lösung dieser Aufgabe mitgewirkt, ohne ausreichend Erfolg zu haben, da immer wieder den entgegengesetzten Interessenkreisen eine völlig unzureichende Maßnahmen gegeben wurde.

Um durch Zusammenschluß dieses Einflusses wird der Arbeiterschaft die erforderliche Mithilfe an der Lösung der schwierigen Aufgabe ermöglicht und damit die Last des Krieges erleichtert.

Die letzte Sitzung läuft noch einige organisatorische Angelegenheiten zur Beratung. Neben der Gewerkschaft, nach deren folge die Regierungsbündigkeits, die in ihrem schärfsten Form nicht wieder untergebracht werden können, noch einer unfaßbaren, ihre berufliche Arbeitserfolg, noch in einem anderen Bereich zu vermeiden, Arbeitlosen kann. Erneuerungserrichtung zu zulassen ist, könnte eine Gewerkschaft nicht erzielt werden. Die aus dem Gewerkschafts-Bundesamt der "Vollzugspolizei" Gewerkschafts-berufliche Sicherheits-Mitschaffens, inzwischen ausgesiedelten Mitglieder-Dienst und Seipart werden wiederhergestellt.

Der Teerfarbenindustrie

Der Teejarbeitsmarkt.

Rolle d. Nr. 2. M. B. Vibrisch

Geht, wie schon aufgezeigt, zum Gewerken Höhne-Cassella. Das Unternehmen ist, gemessen an den führenden Gesellschaften, nur klein; immerhin sind 6 Millionen Mark Aktienkapital und 3½ Millionen Stammkapital darin angelegt. Auch dieses Unternehmen hat im Kriegsjahr 1915 einen alle früheren Jahre übertreffenden Gewinn erzielt. Der Bruttogewinn betrug 4.164.732 Ml. gegen 3.084.592 Ml. im Jahre 1914. Der Gewinnanteil ist mit 1.396.928 Ml. ausgewiesen, der sich durch den Vertrag aus dem Vorjahr auf 1.551.078 Ml. erhöht. Das sind reichlich 500.000 Mark mehr als in dem bisher besten Jahre 1914 erzielt wurden. Eigenartig ist, daß trotz des enorm gestiegenen Bruttogewinns die Umlösen und Steuern von 1,4 auf 0,79 Millionen Mark zurückgegangen sind. Die Abschreibungen sind selbstverständlich auch bei dieser Gesellschaft rechtlich hoch. Besonders bemerkenswert ist eine sog. Kriegsschadenreserve, die mit 998.798 Mark neben der im Vorjahr mit 300.000 Ml. dotierten Kriegsreserve gebildet wurde. Ein Reservesfond II, der im Vorjahr leer ausging, im Jahre vorher 40.000 Ml. erhielt, wird für 1915 mit einer halben Million Mark bedacht. Mit neuer Rechnung werden 308.119 Ml. vorgetragen. Die Aktienrate erhalten 800.000 Mark als 10 Prozent Dividende, die Aktienrate erhalten 104.957 Ml. als Rentante. Die Dividende ist gemessen am Gewinn, recht niedrig; sie könnte ohne weiteres auf 20 oder 25 Prozent festgesetzt werden. Die Aktien sind jedoch in festen Händen, und die Besitzer haben Verständnis für das Besteck der Verwaltung, die Kriegsdividenden nicht anstreben zu lassen.

Für Wohlfahtszwecke wurden 325.110 Ml. als Kriegsunterstützung verbraucht und 40.000 Ml. dem Pensionsfonds zugesetzt.

Das Farbwelt Mühlheim vorm. A. Leonhardt

ist ein kleines Unternehmen der Farbenindustrie, das gegen die Konkurrenz der Riesenbetriebe und Kooperativen nicht austreten kann. Swar hat es in den letzten Jahren nicht eigentlich mit Verlust gearbeitet, aber das Aktienkapital ist fast ohne Verzinsung geblieben. Im Jahrtausend 1910 bis 1914 wurde nur einmal Dividende gezahlt, und auch nur 2 von Hundert. Das Jahr 1915 hat auch diesem Unternehmen eine Besserung gebracht. Der Gewinnanteil ist von 64.282 auf 114.725 Ml. gestiegen, die Aktienrate erhalten wieder einmal 2 Prozent Dividende, die Inhaber der Vorzugsaktionen sogar 5 Prozent. Insgesamt werden 84.000 Ml. als Dividende ausgeschüttet.

Wie einleitend schon erwähnt wurde, ist die Mehrheit der Aktien dieses Unternehmens zwischen von der U.-G. v. Cassella erworben worden. Damit ist das Werk dem Dreibund Höhne-Cassella-Falle und mit diesem der neuen Interessengemeinschaft angegliedert.

Die chemischen Fabrik Weiler ter Meer

in Werdingen a. d. Ill. haben beiden Interessengemeinschaften der Teerfarbenindustrie gegenüber nicht nur ihre Selbständigkeit behauptet, sondern auch ihre Rentabilität zu behaupten gewußt. Schon seit Jahren verteilt das Unternehmen regelmäßig 12 Prozent Dividende. Für 1914 wurde sie, mehr aus Verlusten als aus tatsächlichen Umlauf, auf 8 Prozent bemessen. Das Jahr 1915 brachte 4.015.927 Ml. als Brutto- und 1.379.770 Ml. als Gewinn in einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark. Auch dieses Unternehmen hat noch in seinem Vorjahr ein leistungsfähiges Gewinnergebnis erzielt. Die Abschreibungen sind sehr reichlich, nämlich mit mehr als 1 Million gegen reichlich 600.000 Ml. im Vorjahr, bemessen. Einer Extrarente werden 200.000 Ml. zugesetzt. Als Rentante werden 100.674 Ml. ausgeschüttet gegen 48.400 Ml. im Vorjahr. Die Aussichtsratsmitglieder dürfen also eine "Lohnhöhung" von reichlich 100 Prozent buchen. Eine sehr gut benessene Kriegszulage! Beider haben die Arbeiter viel weniger erhalten, obwohl die es noch nötiger gebraucht und wahrscheinlich auch noch reicher verdient hätten.

Die U.-G. Weiler ter Meer ist der großen Interessengemeinschaft der Teerfarbenindustrie beigetreten. Die chemische Fabrik Griesheim-Elektron ist eigentlich kein Unternehmen der Teerfarbenindustrie. Sie hat jedoch das frühere Dehlersche Unternehmen in Offenbach aufgekau

Zur Beachtung für die Arbeiterschaft im Kaliwesen.

Die neue Musterzulage zum Kalisatz erfüllt, wie im "Arbeiterkrieg" festgestellt wurde, nach eine Voraussetzung, die der auf Kaufmännern beruhenden Arbeiterschaft eine Sicherstellung sichern soll. Das ist doch ein Gesetz, ist es nun, daß der Anwendung einer Arbeitsgruppe im Sonderaufschluß gezwungen. Von 80 Pf. auf 80 Pf. ist kein Leinwand als der im Durchschnitt 1912/13 geleistet. Wenn bei denen das nicht der Fall ist, werden mit 25 Pf. Zulagen bestreikt.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion hatten in der Kommission weitergehende Anträge gestellt. Sie forderten, abgesehen von den Vorfahrtsgewinnen, 21 Pf. die abgelenkt wurden, beanspruchen sie nicht die Durchschnittszulage von 1912/13, sondern die von 1913 als Grundlage zu nehmen und daraus angemessene Zulage zu geben. Nach dem Vorfall des Antrages würden nämlich alle diejenigen Arbeitsgruppen keinen Anspruch auf Zulage haben, deren Differenz 1912/13 um 80 Pf. im Durchschnitt gestiegen ist. Der Reichstag lehnte jedoch weitergegebene Vorschläge ab.

In privaten Verhandlungen, die jüngsten Vertretern des Reichstags und unserm Verbandsvorsitzenden Wenzlau beim Grossen Sozialen Kongress, Vorsitzender des Bergarbeiterverbands, stattfinden, erklärten sich die Unternehmer bereit, über die Vorfristen des Gesetzes hinausgehen, um die Zulagen zum Kalisatz zu geben. Sie geben dazu eine Erklärung ab, in der es heißt:

"Wir entsprechen den in der Reichstagsdebatte gehabten Wünschen über deren Zulage hinzu, um in der Weise, daß eine neue Zulage auch benötigten Arbeitern gewährt wird, die bereits heute infolge der von einzelnen Werken gemachten hohen Leistungszulagen, die nach der neuen gesetzlichen Regelung zu gewöhnenden Volumen erreichen. Trotzdem den Werken hierdurch weitere Opfer erwachsen, erklären wir:

Es wird vom 1. Januar 1916 an von allen Werken eine Zulage von 25 Pf. auf den Lohn und die Schicht jedes Arbeiters zu dem jeweiligen Lohn einschließlich der gegenwärtigen Zulagen (Lohn, Leistungszulage, Kriegszulagen usw.) gewährt und in den Vorfahrtsgewinnen beinhaltet geführt, jedoch mit so lange, als die gesetzlich zu beschließenden Kalipreise den Werken ohne Abzug verbleiben.

Diese Zulage von 25 Pf. soll auch denjenigen Arbeiter gegeben werden, dessen Gehaltssumme einschließlich dieser Zulage den Durchschnittszulag 1912/13 seiner Lohnklassen plus 80 Pf. übersteigt.

Es erhalten nach dieser Erklärung, die selbstverständlich von den Unternehmern nur nach vorheriger Verständigung mit ihren Auswiegern abgegeben wurde, alle Beschäftigten in minderstens 25 Pf. Lohnzulage pro Schicht vom 1. Jan. 6. S. an. Das ist jedoch nur die Mindestzulage. Daneben bleibt die Bestimmung des Gesetzes bestehen, daß innerhalb einer Arbeitsgruppe der Lohn um mindestens 80 Pfennig höher sein mögl. als 1912/13. Wer beispielweise der Durchschnittslohn einer Arbeiterschaft 1912/13 pro Schicht 4 Mt. und 1916 4,25 Mt. so muß er auf 4,80 Mt. erhöht werden auf Grund des 8-30 des Kaligesetzes. Betrug er jedoch 1916 schon 4,80 Mt., war er also schon um 80 Pf. höher als 1912/13, so erfolgt er auf Grund des Gesetzes eine weitere Erhöhung nicht. Die Erklärung der Syndikatsvertreter sichert jedoch in solchen Fällen eine Erhöhung um 25 Pf. pro Schicht zu. Und zwar soll diese Zulage, wie ausdrücklich zugesagt wurde, gegeben werden ohne Abzug der Kriegszulagen.

Nun wird es allerdings der Arbeiterschaft nicht leicht sein, die Durchschnittslöhne der Gruppen zu ermitteln und zu kontrollieren, ob den Bestimmungen des Gesetzes und den Erklärungen der Unternehmer entsprechend verfahren wird. Als einzige werden die Arbeiter das tun können. Innerer werden sie auf den guten oder auch schlechten Willen der Unternehmer angewiesen sein. Anders ist es, wenn die Arbeiter sich vollständig ihren gewerkschaftlichen Organisationen — für die bei der Förderung Bergarbeiterverbund — in den chemischen Fabriken — der Fabrikarbeiterverbund — anschließen. Mit Hilfe ihrer Organisation können die Arbeiter sich einen genauen Überblick über ihre Löhne verschaffen und dann auch auf Erhöhung der gesetzlichen Bestimmungen und der privaten Zulagen bringen. Hoffen möchten wir, die Arbeiterschaft kann das ein und handeln entsprechend.

Allerlei Seifenersatz.

Der Mangel an Seife hat zu einer überaus starken Einschränkung der Seifenherstellung geführt. Großstädtische Seifenhäuser haben ihren Betrieb ganz eingestellt, andre arbeiten mit geringem Personal weiter. Der Mangel an Seife hat die Seife nicht nur knapp, sondern auch höchst teuer werden lassen. Seife ist heute weit teurer als früher. Butter, ja selbst den heutigen ohn'm hohen Butterpreis hat die Seife erreicht, teilweise übertroffen.

Die unmittelbare Folge dieser Knappheit und der damit verbundenen Leitung ist das Suchen nach Ersatzmitteln für Seife. Gar viele solcher Mittel sind in den letzten Monaten angepriesen worden, aber nur wenige bewähren sich. So ist es garnicht möglich, bei den häufigen Seife zu erhalten durch Chlor, Soda, Wasserstoff, Bleeksalz, Borax und Sauerstoffkaliat alle Art, aber bei Seifenersatz hat die gerade jetzt besonders bedeckte Richtung, die Weise mehr oder minder kurz angreifen. Seit einiger Zeit wird nun ein Seifenersatz aus Tonerde empfohlen, der die Weise nicht angreift, aber doch erhebliche Reinigungskraft besitzt. Man bereitet die jungen Tonerde nach folgender Weise: 30 Pfund feine, trockne Ton- oder Bleekerde mischt man mit dem Rübelholze so lange, bis sie dem feinsten Mergl gleicht. In 5% Liter heißem Wasser löst man 1½ Pfund Tonerde auf und gibt 1½ Pfund gekochten Kalb dazu. Diese Mischung gibt man nun auf die gewaschenen Tonerde und lässt diese damit durchdringen. Ist die Masse nachdem noch nicht feucht genug, so giebt man noch so viel Wasser hinzu, bis man kleine vierseitige Stückchen, ähnlich den Seifenstückchen, formen kann. Da das Rezept von der "Worlde Allgem. Blg.", dem offiziellen Regierungsbüro, weitergegeben wird, darf man höchstlich auf Bevorbehaltung rechnen.

Auch zur Steinigung des Borpers soll sich die Tonerde empfehlen. Dr. Oppenheimer berichtet darüber in der "Münchner mediz. Wochezeitung", daß in einer von ihm bearbeiteten Münchener Kinderkrankenhaus im täglichen Bade statt mit Seife mit Balsam alleine (eine graue Tonerde, an deren Stelle aber auch, wie Dr. O. bemerkte, Berliner Borsigsalze), das billiger ist, genommen werden kann. Dr. O. bemerkt, dem 2½ Prozent belastete (wasserfreie) Soda gezeigt ist. Von dem amfänglich verordneten Balsam von 10 Pf. 15 Prozent Soda mit dem Wasserstand genommen werden, weil die Haut von den Härden der Pflegemutter rissig wurde. Der jetzige Balsam von 2½ Prozent Soda genügt vollkommen zur Süßigung der Kinder und greift die Hände der Pflegemutter nicht an, obwohl eine der Damen täglich zwanzig Kinder zu bilden hat. Sämtliche Kinder, auch die Säuglinge, vertragen die Waschung gut, die aber nur auf den Körper Anwendung findet. Die Kinder werden mit einer Gallerie gewaschen, die jeweils am Abend zuvor in der Weise hergestellt wird, daß 10 Gramm Soda und 10 Gramm feingeschnittene Seife mit einem Liter Wasser aufgelöst werden. Jede ein Kind braucht man täglich etwa 15 Gramm von dem Balsam-Soda-Pulpa, was einer Aussage von 0,3 Pf. gleichkommt. Das Pulpa wird wie Seife auf einen Waschlappen genommen.

Diese Waschmittel haben vor den vielen angepriesenen den Vortrag, daß sie billig herzustellen sind.

Die Rentabilität der Papierfabrikation im Jahre 1915.

Die deutsche Papierfabrikation glich seit Jahren einem blühenden Baum, der schlechte Früchte trägt. Nicht als ob die treibenden Säfte verborren wären! Im Gegenteil; seit Jahren ist die Produktion ständig erhöht worden, immer größere Anforderungen wurden an die Verarbeitungsfähigkeit der Arbeiterschaft gestellt, und trotzdem oftmals niedrige Gewinne oder gar Verluste. Schmiedekonkurrenz und blinde Spekulationen haben die kapitalistischen Früchte verbergen lassen. Einzigartige Unternehmer haben das schon vor Jahren erkannt und wiederholt gemacht. Vor einigen Jahren bemerkte ein Unternehmer das Gebaren seiner Kollegen folgendermaßen: „Anstatt für die erhöhten Unkosten

einen Nutzen in den Gewinnsspielen zu suchen, wie dies jeder Betriebsleiter kann, ist, führt der Betriebsleiter durch seine Vorfahrtsgewinne in das das Papiermäuerl einige Meter höher über die Mühle hinzu. Sie sehe schon in Zukunft Mühlenhäuser und Gebäude errichtet gemacht!“

Ein Kriegsausbruch ist vieles anders geworden. Die ehemalige Schmiedekonkurrenz hat einer preisreduzierenden Einigkeit Platz gemacht, deren Wirkung nach dem Kriege ihre kapitalistischen Früchte tragen mag, wenn sie auch dann noch besteht bleibt. Geblieben ist nur die Heißgug an den Maschinen, vermehrt durch eine intensive Ausnutzung der Arbeitskräfte jugendlicher und weiblicher Personen. Wenn trocken im Jahre 1915 die Rentabilität abermals gefunden ist, so dürfen die Ursachen im Rohstoffmangel, in der Preissicherung für Fabrikationsmaterialien aller Art, im freien gebauten Arbeitsmarkt und der damit verbundenen unvollständigen Betriebsausnutzung liegen.

Der in Papierfabriken bekannte ehemalige laufmännische Direktor der Papierfabrik Penig, H. Castorf, hat eine Berechnung über die Rentabilität der Papiermäuerl im Jahre 1915 aufgestellt und das Ergebnis derselben in Nr. 24 des "W. f. P." veröffentlicht. Castorf berechnet seit Jahren die Ergebnisse von 16 Aktiengesellschaften der Papierfabrikation, deren Jahresdurchschnittsbilanzen seit 1911 sich folgendermaßen gestalten:

Durchschnittsbilanzen im Jahre 1915	3,1 Prozent
1914	4,1
1913	6,0
1912	6,6
1911	7,7

Die Durchschnittsbilanzen ist seit dem Jahre 1914 abermals um 1 Prozent, in den letzten fünf Jahren um 4,8 Prozent gesunken. Das Aktienkapital der 46 an der Staatsfahrt beteiligten Gesellschaften betrug 79 050 200 Mt. gegen 79 843 000 Mt. im Vorjahr. Aus der folgenden Aufstellung geht die Zusammensetzung des gesamten Unternehmungskapitals der mit Gewinn und Verlust arbeitenden Gesellschaften hervor:

18 mit Gewinn	28 mit Verlust	Mt. Gewinn und Verlust arbeitende Gesellschaften zusammen
Mt.	Mt.	Mt.
Unternehmungskapital	36 194 000	42 856 200
Hypothekenkapital	20 804 227	23 445 857
Reservefonds	9 946 599	3 167 045
		79 050 200
		44 250 084
		13 113 644

Die mit Gewinn arbeitenden Gesellschaften verbuchen 3 745 583 Mt. und die mit Verlust arbeitenden Gesellschaften 3 003 393 Mt. für Abschreibungen, so daß die 46 Gesellschaften zu diesem Zweck 6 748 976 Mt. verrechneten. Nach Berechnung der Abschreibungen, erzielten 18 Gesellschaften 2 941 433 Mt. Betriebsergebnis und 28 Gesellschaften 4 711 851 Mt. Betriebsergebnis. Auf sämtliche 46 Gesellschaften umgerechnet entsteht demnach ein Verlust von 1 770 418 Mt. Die mit Verlust arbeitenden Gesellschaften übernahmen aus dem Vorjahr eine Unterbilanz von 2 855 289 Mt. zu der sich 4 711 851 Mt. Verlust aus dem Betriebsjahr 1915 gesellen, so daß sich das gesamte Defizit auf 7 567 120 Mt. berechnet; davon gelgen 4 905 696 Mt. als Verlustvertrag auf neue Rechnung in das Geschäftsjahr 1916 über. Aus dem Reservefonds wurden 1 206 359 Mt. Verlust gedeckt. Den Aktiendienen der 18 mit Gewinn arbeitenden Gesellschaften wurden 2 480 040 Mt. als Dividende ausgezahlt.

Die folgende Aufstellung gibt einen Überblick über die Rentabilität der Papierfabrikation im Jahre 1915.

Es verteilten Dividende:

23 Gesellschaften mit 45 256 200 Mt. Aktien-Kapital	0 Prozent
1 Gesellschaft	600 000
2 Gesellschaften	3 800 000
2 Gesellschaften	3 650 000
3 Gesellschaften	2 208 000
1 Gesellschaft	1 000 000
2 Gesellschaften	2 270 000
4 Gesellschaften	16 900 000
1 Gesellschaft	516 000
1 Gesellschaft	1 200 000
1 Gesellschaft	1 650 000

46 Gesellschaften mit zusammen 79 050 200 Mt. Aktien-Kapital verteilen im Durchschnitt 3,1 Prozent Dividende.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der mit Verlust arbeitenden Gesellschaften um zwei zurückgegangen, dafür haben sich die Gewinn tragenden Gesellschaften um dieselbe Anzahl vermehrt. Diese Ztsache kann als ein Zeichen für die gewinnbringende Wirkung der während des Krieges erzielten höheren Preise angesehen werden. Nach dem Kriege dürfte bei den jetzigen Preisen den Papierfabrikanten der Weizen bald blühen. Allerdings bei Geschäftsbetrügungen, wie sie der Zusammenbruch der Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in Wiesbaden aufgedeckt hat, und bei alten Knochenmühlen aus Großvaterzeiten dürften selbst die höchsten Papierpreise keine Rettung mehr bringen. Bedauerlicherweise hat Herr Direktor Castorf auch bei seiner diesmaligen Betrachtung die neu gegründeten Kriegsreservefonds keiner Würdigung unterzogen, zumal Niederweisungen größerer Summen in diese Fonds das Ergebnis der Dividenden wesentlich beeinflussen.

Im allgemeinen können die Dividende verliegenden Gesellschaften in Anbetracht der durch den Krieg geschaffenen Wirtschaftslage mit ihren Ergebnissen zufrieden sein. Dividenden von 5 bis 17 Prozent ermöglichen ihren Aktiendienen selbst in Kriegszeiten noch ein angenehmes Durchhalten".

Die Papier-, Holz- und Bettwäscheüberbetrieb hat für die beiden Betriebe in Biberist und Wettswil folgende Lohnsicherungen von 80 bis 80 Cent verfügt und eine Renditegarantie von täglich 20 Cent für ein Kind und 10 Cent für jedes weitere Kind gewährt. Die Renditegarantie erhalten die männlichen Verantwortlichen, Männer und Frauen. Dieselbe wird auch für Sonn- und Feiertage und während der Zeit militärischer Dienstleistungen geahnt.

Die überzeugungsarbeiten Erfolge haben die Schweizer Papierarbeiter nur dem Wohl ihrer Organisation zu verdanken, der von der Papierfabrik Delteil über 90 Prozent der beschäftigten Arbeiter und Arbeitnehmer angehören.

Klagen und Pläne in der Zementindustrie.

Die wichtigsten Betriebe, A.-G. Stettbachhausen, haben im Jahre 1915 einen Verlust von 90 809 Mt. erlitten, der sich durch Entschädigung für den Zuschlagsatz (15 000 Mt.) und durch Bildung für Bausubstanzsteuer (7500 Mt.) auf 118 308 Mt. erhöht. Der Verlust wird auf neue Rechnung vorgebracht. Im Geschäftsbericht der Gesellschaft wird mitgeteilt, daß der Abzug infolge des Krieges stark zurückgegangen ist. Der Rheinisch-Westfälische Zementverband sei mit 12,68 Prozent derjenigen Menge ab, die von den angehörenden Werken geleistet werden konnte. Die Gesellschaft mußte infolgedessen eins ihrer Werke ganz, ein andres teilweise still legen. Über die Auswirkungen heißt es im Bericht der Betriebsleitung: "Eine Gehörung der Werke wäre vielleicht in absehbarer Zeit zu erwarten, wenn der Bestand des Zementverbandes von Dauer wäre. Mit einer vorgezogenen Auflösung muß aber gegebenfalls gerechnet werden, da das Betreten einiger Nachbarverbände einstellig gefürchtet erscheint. In Bildung wird hierauf wiederholt auch der Rheinisch-Westfälische Zementverband bestreikt.

Die Wichtigsten Betriebe, A.-G. Stettbachhausen, haben im Jahre 1915 einen Verlust von 90 809 Mt. erlitten, der sich durch Entschädigung für den Zuschlagsatz (15 000 Mt.) und durch Bildung für Bausubstanzsteuer (7500 Mt.) auf 118 308 Mt. erhöht. Der Verlust wird auf neue Rechnung vorgebracht. Im Geschäftsbericht der Gesellschaft wird mitgeteilt, daß der Abzug infolge des Krieges stark zurückgegangen ist. Der Rheinisch-Westfälische Zementverband sei mit 12,68 Prozent derjenigen Menge ab, die von den angehörenden Werken geleistet werden konnte. Die Gesellschaft mußte infolgedessen eins ihrer Werke ganz, ein andres teilweise still legen. Über die Auswirkungen heißt es im Bericht der Betriebsleitung:

"Eine Gehörung der Werke wäre vielleicht in absehbarer Zeit zu erwarten, wenn der Bestand des Zementverbandes von Dauer wäre. Mit einer vorgezogenen Auflösung muß aber gegebenfalls gerechnet werden, da das Betreten einiger Nachbarverbände einstellig gefürchtet erscheint. In Bildung wird hierauf wiederholt auch der Rheinisch-Westfälische Zementverband bestreikt.

Die Wichtigsten Betriebe, A.-G. Stettbachhausen, haben im Jahre 1915 einen Verlust von 90 809 Mt. erlitten, der sich durch Entschädigung für den Zuschlagsatz (15 000 Mt.) und durch Bildung für Bausubstanzsteuer (7500 Mt.) auf 118 308 Mt. erhöht. Der Verlust wird auf neue Rechnung vorgebracht. Im Geschäftsbericht der Gesellschaft wird mitgeteilt, daß der Abzug infolge des Krieges stark zurückgegangen ist. Der Rheinisch-Westfälische Zementverband sei mit 12,68 Prozent derjenigen Menge ab, die von den angehörenden Werken geleistet werden konnte. Die Gesellschaft mußte infolgedessen eins ihrer Werke ganz, ein andres teilweise still legen. Über die Auswirkungen heißt es im Bericht der Betriebsleitung:

"Eine Gehörung der Werke wäre vielleicht in absehbarer Zeit zu erwarten, wenn der Bestand des Zementverbandes von Dauer wäre. Mit einer vorgezogenen Auflösung muß aber gegebenfalls gerechnet werden, da das Betreten einiger Nachbarverbände einstellig gefürchtet erscheint. In Bildung wird hierauf wiederholt auch der Rheinisch-Westfälische Zementverband bestreikt.

Die Wichtigsten Betriebe, A.-G. Stettbachhausen, haben im Jahre 1915 einen Verlust von 90 809 Mt. erlitten, der sich durch Entschädigung für den Zuschlagsatz (15 000 Mt.) und durch Bildung für Bausubstanzsteuer (7500 Mt.) auf 118 308 Mt. erhöht. Der Verlust wird auf neue Rechnung vorgebracht. Im Geschäftsbericht der Gesellschaft wird mitgeteilt, daß der Abzug infolge des Krieges stark zurückgegangen ist. Der Rheinisch-Westfälische Zementverband sei mit 12,68 Prozent derjenigen Menge ab, die von den angehörenden Werken geleistet werden konnte. Die Gesellschaft mußte infolgedessen eins ihrer Wer

Der Anspruch des Klägers wird deshalb für berechtigt anerkannt und die V.-G. zur Entschädigung verurteilt.
Das Urteil ist besonders deshalb erfreulich, weil die Behauptung, dem Arbeiter sei die Benutzung der Feldbahn verboten worden, uns sehr unabschöpflich bliekt. Es ist allgemein in Belegenheit, daß die Arbeiter auf den Feldbahnen zurückfahren, und es wäre sehr ungerecht, ihnen dabei die Hilfe der Versicherung zu versagen. Die Arbeiter werden allerdings schon in ihrem eigenen Interesse gut tun, etwaige Verbote zu beachten und überhaupt sich nicht ohne Not in Gefahr zu begeben. Dafür besser als alle Entschädigungen sind gesunde Glieder.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der Textilarbeiterverband im Jahre 1915.

Das Jahr 1915 stand noch stärker unter den Kriegswirkungen als sein Vorgänger. Die Knappheit der fertigen Stoffe führte zu einschneidenden Maßnahmen der Heeresleitung über die Produktion und den Handel in Textilwaren. Das traf auch an den Gewerkschaftsorganisationen fast spurlos vorübergegangen, ist begegnet. Bei Kriegsausbruch zählte der Verband 133 034 Mitglieder, zu Beginn des Jahres 1915 zog 101 904 und am Jahresende nur 66 752 Mitglieder. Noch zu die Hälfte der männlichen Mitglieder ist zum Heere überreisen.

Die Unzufriedenheit der Geschäftsführer findet auch im Kasernenwesen des Verbands ihren Ausdruck:

Jahr	Einnahme	Ausgabe
1913	2 771 494 M.	3 088 436 M.
1914	2 199 621 M.	2 621 519 M.
1915	1 234 760 M.	1 005 712 M.

Einer durchschnittlichen Beitragsleistung von 44 im Jahre 1913, 1914 nur 38 und im Jahre 1915 nur 33 Beitragsleistungen gegenüber. Für Unterstützungen wurden im Geschäftsjahr 258 116 M. ausgetragen.

Der wirtschaftliche Kampf spielt sich in der Gegenwart in wesentlich andersartigen als in früheren Jahren. Der proklamierte „Burgfrieden“ — der aber von den Unternehmern nicht überall gehalten wurde, musste doch der Verband im Frühjahr 1915 die Gemeinschaftsgewaltunterstützung wieder einzuführen — drängte die Arbeitseinsatzung mehr zu der Fortsetzung von Kriegs- und Leistungszulagen. Im Jahre 1915 waren an Bewegungen, die statthaft erachtet werden könnten, 89 848 Personen beteiligt, wovon 89 372 Beteiligte Erfolg hatten. Bei der Belebung der Arbeitzeit waren diesmal nur 116 Personen aus 290 Stunden wöchentlich in Frage, während für 69 366 Personen zeitgleich 122 724 M. mehr Lohn errungen wurden. Wenn auch die Gruppenwirken dem Willen der Organisation preislos ihren Stempel gegeben und ihrer Bewegungsfreiheit gewisse Grenzen gezogen haben, so was und ist die Organisation doch gerade jetzt notwendiger denn je.

Der Verband der Glasarbeiter im Jahre 1915.

Covert nach Kriegsausbruch hatte der Verband der Glasarbeiter eine große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Das befferte sich jedoch bald. Seit Frühjahr 1915 ist aber ein Mangel an einem Überfluss von Glasarbeiten vorhanden. Erfolgedessen gelang es dem Verband der Glasarbeiter auch, in zahlreichen Betrieben Leistung- und Lohnzulagen für die Arbeiterschaft zu erreichen. Zu beklagen ist, daß auch im Verband der Glasarbeiter ein erheblicher Teil der Mitglieder dem Verband nicht die Treue bewahrt.

Beim Kriegsausbruch zählte die Organisation rund 19 000 Mitglieder, und schon die Durchschnittszahl im Jahre 1914 betrug nur 13 103, während die Durchschnittszahl im Jahre 1915 nur 6185 Mitglieder jährte. Am Jahresende 1915 waren nur noch 5058 Mitglieder vorhanden, 4765 wurden der Organisation unten, während 9211 dem Heeresdienst überreisen waren.

Wegen dieses Rückgangs und auch die Sparmaßnahmen reicht eigentlich genügt. Im Jahre 1914 betrug die gemittelte Einnahme, trotz der fünf Kriegsmonate, in denen der größte Teil der Mitglieder arbeitslos war und keine Beiträge zahlte, 404 860 M., während im Jahre 1915 mit einer Gesamteinnahme von 192 518 M. vorhanden war. Die Ausgaben betrugen 1914 601 096 M., 1915 dagegen nur 160 830 M. 1914 wurden allein an Unterstützungen 411 887 M. verausgabt, dagegen sind die Ausgaben 1915 bedeutend geringer. Das Jahr 1914 verlangt allein für Unterstützung der Arbeitslosen 272 952 M., während im Jahre 1915 nur 19 172 M. für die Arbeitslosen ausgegeben zu werden brauchten. Dieser Beitrag wurde vornehmlich im ersten Quartal veranlaßt. Zur Unterstützung der Familien der Kriegsbeschädigten zweiten 33 250 M. ausgegeben, für Wohlfahrtseinrichtungen 287 M., für Schreibgeld 4898 M. und für Krankenunterstützung, die im Jahre 1915 zu dieser erheblich verringert wurde, 7411 M.

Angesichts der genannten Verhältnisse, die an die Schwierigkeiten geführt werden, in die Verbandsvermögen erheblich gekommen. Die hohen Auswendungen, die im Jahre 1914 für die Kriegsbeschädigten gemacht werden mußten, haben zur Folge, daß der Kassenbestand, der am Jahresende 1913 374 655 M. betrug, am Jahresende 1914 um 128 447 M. herabgesunken ist. Am Ende des Jahres 1915 liegt der Bestand auf 150 136 M.

Wegen des gewaltigen Vermögensverlusts der Firma hat der Verband der Glasarbeiter auch während der Kriegszeit nur als das Schätzungsrecht für seine Mitglieder gezeigt und wird auch nach dem Kriege fast garantiert kein finanzielles Blitzen mit ganzer Kraft aufzubauen zu können.

Der Verband der Maler im Jahre 1915.

Im Monat der Maler wurden 1915 nur 10 906 Mitglieder, seit Kriegsausbruch nicht weniger als 25 591 Mitglieder zum Heere eingezogen. Die jüngsten Berichtsergebnisse berücksichtigen einen weiteren Mitgliederrückgang. Die Zahl sank auf 9574, gegen 22 619 im Jahresende 1914. Am Jahresende wurden im Geschäftsjahr 3188, gegenüber 2553 Mitglieder; der Kassenbestand betrug 2473.

Der finanzielle Stand des Verbands ist demgegenüber befriedigend zu nennen. Die Einnahmen betragen 582 608 M. (gegen 1 231 592 M.). Es besteht ein Überschuß von 96 653 M. Das Kassenvermögen bestand am Jahresende 1913 720 109 M., am Jahresende 1914 um 128 447 M. und am Ende des Geschäftsjahrs 826 129 M. — Es werden erneut unter anderem für Arbeitslosenunterstützung 7612 M., für Kriegsbeschädigung 76 356 M., für Krankenunterstützung 16 530 M., Unterstützung an die Familien der Kriegsbeschädigten und Sterbegeld an die Freunde der Schaffenden 77 500 M. (mit Kriegsunterstützung 155 026 M.), andere Unterstützungen 1593 M.

Zwei bis nach Kriegsende weiterhin abnehmende Zahlen wurde mit gesteigerten Mitteln an die 1. Armee des Deutschen Heeres wieder in Form gebracht; zu dieser Zeit wurde aber auch die finanzielle Lage des Kriegsbeschädigten und eines Belegschafts von 1913 neu eingeschätzt.

Unterstützungen befinden sich gegen Ende des Geschäftsjahrs 361 für 15 889 Belegschaft mit 55 617 Belegschaften. Damit kann erneut in Form von 10 noch neu eingesetzten werden jetzt darin. Somit betrachten die Einnahmen des Geschäftsjahrs nach 356 Tagen für 15 773 Belegschaft mit 55 472 Belegschaften, nach dem Belegschaftsgraden der Kriegsbeschädigung, nach einer erneuten Erhöhung des Kassenbestandes um weniger Belegschaften, um 15 773 Belegschaften bestehenden um 12 238, und nur der 50 617 Belegschaften waren nur noch 13 933 oder 25 Prozent in den Kriegsbeschädigten und damit ist es dem Kriegsbeschädigten nicht gegeben worden. Unterstützungen werden nunmehr gegeben, dessen Wert zu bestimmen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. In den letzten Monaten nahmen unsere Kriegs- und Friedenszulagen erheblich zu. Ein Kindergarten in Berlin-Schöneberg, der eine Kosten von 5 M. für Kinder und 3 M. für Frauen pro Woche erfordert und kostet. — Die Chemische Firma auf Altona (Westfalen) hat die Versicherung der Arbeitsaufenthalte der Kriegsbeschädigten um 2 M. pro Person erhöht. — In der Spree- und Freizeitfirma in Berlin-Mitte wurde zu den bereits geplanten Leistungszulagen am 1. April eine weitere Zulage, und am 23. April eine zusätzliche Zulage von je 2 M. für Männer

Sie Werbearbeit für den Verstand

muß jetzt erneut einsehen und eifrig betrieben werden. Die Erfahrungen in zahlreichen Orten lehren, daß der Erfolg nicht ausbleibt, wo ruhig gearbeitet wird. Also überall Hand ans Werk legen! Nur eifrig Tätigkeit bringt Erfolg.

den Gemeinden oder Gemeindeverbänden verhindert. Der Arbeitsaufwand erfordert einen ungewöhnlichen Aufwand zu den Kosten solcher von anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden errichteten Arbeitsnachweise beigefügt. Die Behörden können Anordnungen über die Errichtung und den Betrieb solcher Arbeitsnachweise treffen. Besonders wird zu dem Vertrag ausgeführt: Wie in der dem Reichstag aufgängen Denkschrift vom 27. November 1916 über Maßnahmen im Gebiete des Arbeitsnachweises beschrieben ist, hat das Ziel, daß die Deutsche Reich mit einem kleinen, engmaschigen Netz von öffentlichen unparteiischen Arbeitsnachweisen zu überziehen, bisher bei der Bevölkerung des Grundgesetzes der Freiwilligkeit noch nicht überwunden lassen werden, und daß der bisher beschriebene Weg — die freiwillige Staatsdienstfeste geforderte und mit Geldmitteln unterstützte Betätigung der Gemeinden und Gemeindeverbände — für gewisse Zeit noch zahlreiche Rücksichten offen lassen wird. Um Interesse einer schnellen und sachgemäßen Unterbringung der heimkehrenden Kriegsvertriebene liegt es, daß in allen größeren gewerberischen Orten für diese oder für weitere Bezirke öffentliche unparteiische Arbeitsnachweise bestehen, und daß diese so ausgebaut, eingerichtet und betrieben werden, wie sie den der Demobilisierung an sie herantretenden größeren Aufgaben gewachsen sind.

Die Verordnung des Bundesrats verfolgt den Zweck, die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise, ihren Ausbau, ihre Einsichtnahme in ihren Betrieb möglichst durch behördliche Anordnungen so zu fördern, daß die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises möglichst zum Abschluß gebracht werden kann. Dabei darf angenommen werden, daß schon die Möglichkeit eines zwangsweisen Einschreibens in den meisten Fällen genügt, um Gemeinden oder Gemeindeverbände, die sich bisher zur Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises trotz eines vorhandenen Bedürfnisses nicht haben entschließen können, zu einem solchen Bedürfnis zu bewegen, und daß die Anwendung des Grundgesetzes nur in wenigen Fällen notwendig werden wird. Die Ausführung in dem Geiste, der bundesstaatlichen Regierungen und der von ihnen beauftragten Behörden übertragen werden, so daß jeder schematisch die gesetzliche Grundlage versteht, verhindert wird. Um Weges des Ausbautes der Arbeitsnachweise wird darauf hingewiesen, auch die Zugewinnung von Arbeitgebern an die Arbeitnehmer dort, wo sich hierfür ein Bedarf ergibt, und die Art der Beziehung des Arbeitgebers geregt werden können.

Doch die Beziehung von Arbeitgebern und Unternehmen erfolgen soll, ist erforderlich. Der Zusatz, „wo sich hierfür ein Bedarf ergibt“, stimmt jedoch nachdrücklich. Unserer Erachtung ergibt sich bei der Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise selbstverständlich überall das Bedürfnis, die NachwählerInnen zu hören.

Lohn statt Urlaub.

In den Überfelder Fabriken in Leverkusen gab es wegen Arbeitsmangel seit Ausbruch des Krieges keine Ferien mehr. Nun ist in der letzten Zeit bekanntgemacht, daß die Arbeiter, die im Jahre 1915 Ferien nicht erhalten haben, dafür den entsprechenden Lohn nachgezahlt erhalten sollen. Der nachgezahlte Lohn wird den Arbeitern aber nicht in bar nachgezahlt, sondern für sie in der Sparfülle angelegt. Auch wurde nur für das Jahr 1915 gezahlt, für 1914 nicht. Da sind gewiß noch viele Leute, die bis zum 1. August 1914 ihre Ferien noch nicht bekommen konnten. Die schaffen eine Entschädigung nicht erhalten zu sollen.

Ein besonders großes Entgegenkommen liegt in der beispielhaften Nachzahlung des Lohnes übrigens nicht. Vielmehr haben die Gerichte schon wiederholt entschieden, daß die Unternehmer gelegentlich vielleicht nicht in der entsprechenden Lohnanteil als Entschädigung für die Ferien einen entsprechenden Lohnanteil als Entschädigung für den für 1914 nicht gewährten Urlaub. Dazu wird es allerdings schon bestimmt, daß die Unternehmer auch die Ferien bezahlen müssen, weil ja nur verhältnismäßig wenig Arbeiter der Fabrikarbeiter überwiegend gehalten haben. Diese wenigen aber zumindest aus Gründen, die keine Veranlassung geben, mit der Fabrikarbeiter nicht eingestiegen zu wollen.

In Erhaltung jedweder Interessenvertretung im Betrieb selbst fehlt den Arbeitern jedoch der nötige Einfluß auf die bessere Gestaltung der Lohnverhältnisse. In wiederholten Fällen wurden einzelne Arbeiter bei den Betriebsleitern vorstellig, um dadurch eine Verbesserung des Lohnes zu erzielen, aber alle Schritte waren vergebens. Schon die organisatorisch stärkste Haltung der Betriebsräte schloß in diesem Betrieb eine Verbesserung über Lohnfragen von vornherein aus. Fühlt sich ein Arbeiter benachteiligt, so kann er seine Rechte bei dem Leitenden Beamten vortragen, er geht über in jedem Fall sicher, sofern es sich dabei um Lohnfragen handelt, abgewimmelt zu werden. Einige Änderungen bzw. Anhebungen in Lohnverhältnissen werden einheitlich von der Fabrikleitung bestimmt, um Schwierigkeiten bestmöglich zu verhindern.

Bei den gegebenen Verhältnissen blieb der Kassenbestand nicht weiter übrig, als die Verbandsleitung mit der Errichtung eines Verteilungssystems zu begreifen. Das an die Generalsdirektion des Unternehmens gerichtete Gesetz hatte zur Folge, daß außer einer jahreszeitlichen Lohnzulage für männliche Arbeiter auch die Familienerhöhung um weitere 5 M. pro Tag und Person erhöht wurde.

Es bleibt vornehmlich den noch nicht organisierten Arbeitern in der Sprengstoffindustrie vorbehalten, aus dem vorstehenden Bericht die möglichen Konsequenzen zu ziehen. Das Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen werden die Unternehmer immer erst dann einnehmen, wenn die Arbeiter in ihrer Gesamtheit als organisierte Faktor auftreten.

Ausländische Arbeiterbewegung.

Die italienische gewerkschaftliche Bewegung während des Krieges.

Im August des Monats September 1915 zählte der italienische Verband der Gewerkschaften 701 Mitglieder. Der größere Teil dieser Mitglieder, 315, wurde von der Mobilisierung in Auftrag genommen, so daß der Verband zunächst nur 1915 Mitglieder zählte. Danach den Bekämpfungen, die vor der Mobilisierung getroffen wurden, und der ersten italienischen Frontfeindschaften die die Kriegsmobilisierter an den Tag legten, gegen 250 Verbandsmitglieder fielen. Einige Tausend der Kriegsbeschädigten und der Kriegsbeschädigten starben.

Die italienische Gewerkschaftsbewegung ist ein Kriegsgegenstand.

Die italienische Gew